

SVP-Klartext

DIE ZEITUNG DES MITTELSTANDES



Verbandsbeschwerde
darf demokratische
Entscheide nicht
umstossen!
Von Nationalrat
Felix Müri

Seite 9



Vom Wert der Schweizer
Landeshymne.
Grossrätin Milly Stöckli
im Gespräch.

Seite 8



Bedenkliche
Einbürgerungskriterien.
Von Kantonsrat
Hermann Lei

Seite 7

AZB Zofingen – Preis Fr. 35.– jährlich – erscheint monatlich – Auflage 55 000 Expl. – www.svp.ch – klartext@svp.ch – Ausgabe Nr. 6/2008

SVP-Dreschen als Intellektuellensport

Nationalrat Toni Brunner S. 3

Demokratiedefizite bei der Personen- freizügigkeit

Alain C. Hauert S. 4

Erfolgreiche SVP-Politik in der Sommersession

Urs Martin S. 5

SVP langfristig gestärkt

Yves Bichsel S. 6

Kriegsausübung der NATO in der Schweiz?

Prof. Dr. Albert A. Stahel S. 10

FC Classe politique

Patrick Freudiger S. 11

Neue SVP Graubünden gegründet

Jon Peider Lemm S. 12

Aktuell

S. 13

Ortspartei SVP Biberist

Fabienne Lüthi S. 15

EU unterbindet demokratische Entscheide!

Ein von der EU eingeschüchtertes Parlament entmündigt das Volk – das sind mittlerweile die Verhältnisse in der Schweiz. Es geht in der kommenden eidgenössischen Volksabstimmung zur Personenfreizügigkeit um zwei Fragen. Erstens: die Weiterführung der Personenfreizügigkeit mit den bisherigen EU-Staaten. Zweitens: die Ausdehnung des entsprechenden Abkommens auf Rumänien und Bulgarien. Stets wurde den Bürgerinnen und Bürgern von höchster Stelle zugesichert, über jeden Erweiterungsschritt frei und ohne Druck der EU befinden zu können. Mit der Zusammenlegung dieser beiden grundsätzlich verschiedenen Vorlagen sieht sich das Schweizer Volk vor der äusserst perfiden Lage, auf zwei unterschiedliche Fragen nur eine einzige Antwort geben zu können. Das ist nicht nur gegen die im Vorfeld ausgemachten Spielregeln, das ist nicht nur Kuschen vor einseitigen Forderungen der EU – das ist klare Missachtung und Aushebelung der direkten Demokratie in der Schweiz, welche garantieren soll, dass Volksentscheide gelten. Mögen solche undemokratischen Methoden innerhalb der EU zum Alltag gehören – wir wollen uns erst recht nicht daran gewöhnen.



Reklame

**Wir machen
aus Kunden
Winner.**



Zofinger Tagblatt AG
Medien- und Printunternehmen

Zofinger Tagblatt AG
Henzmannstrasse 20
4800 Zofingen
Tel. 062 745 93 93
www.ztonline.ch



Shop

..... Expl.	SVP-Fussball NEU	Fr. 25.–
..... Expl.	Cap «Swiss Look» NEU	Fr. 10.–
..... Expl.	SVP-Sitzungsmappe NEU	Fr. 49.–
..... Expl.	Seidenkrawatte Schweizerkreuze klein	Fr. 50.–
..... Expl.	Seidenkrawatte Schweizerkreuze gross	Fr. 50.–
..... Expl.	Seidenkrawatte SVP	Fr. 50.–
..... Expl.	SVP-Bonbons Blechdose	Fr. 5.–
..... Expl.	SVP-Feuerzeug	Fr. 5.–
..... Expl.	Rucksack robust und praktisch, für Sie und Ihn!	Fr. 25.–
..... Expl.	Pin Schweizerkreuz	Fr. 7.–
..... Expl.	Pin SVP-Logo	Fr. 7.–
..... Expl.	Pin «SVP Gold»	Fr. 7.–
..... Expl.	Post-it, Block à 50 Blatt	Fr. 2.–
..... Expl.	Offiziersmesser, Original-Victorinox	Fr. 20.–
..... Expl.	Kleber, Bogen à 27 Kleber	Fr. 5.–
..... Expl.	Jass ☐ französisch ☐ Deutschschweizer	Fr. 3.–
..... Expl.	SVP-Ballone, Sack à 50 Stück	Fr. 33.–
..... Expl.	Kugelschreiber	Fr. 2.50

Name

Vorname

Adresse

PLZ/Ort

Telefon

Mail

Ort

Datum

Unterschrift

Bitte Talon einsenden an:
Generalsekretariat SVP, Postfach 8252, 3001 Bern
per Fax an 031 300 58 59 oder Mail gs@svp.ch

Online-Bestellung auf www.svp.ch

Impressum **SVP-Klartext** Die Zeitung des Mittelstandes

Herausgeberin: Stiftung SVP-Parteizeitung

Erscheinungsweise: 12×/Jahr

Chefredaktor: Markus Zollinger

Inserate: Markus Zollinger

Adresse:

Generalsekretariat SVP
Postfach 8252, 3001 Bern
Telefon 031 300 58 58, Fax 031 300 58 59,
E-Mail: klartext@svp.ch

Jahresabonnement:

Für Nicht-Parteimitglieder Fr. 35.–
(Parteimitglieder erhalten SVP-Klartext gratis)

Bankverbindung:

Stiftung SVP-Parteizeitung, UBS Bern-Länggasse, PC 30-35-9

Druck:

Zofinger Tagblatt AG, ZT Print, Henzmannstrasse 20, 4800 Zofingen,
Telefon 062 745 93 93, Fax 062 745 93 49, www.ztonline.ch

Adressänderungen:

per E-Mail an klartext@svp.ch



STIFTUNG
FÜR BÜRGERLICHE
POLITIK

Ihre langfristige Investition für eine bürgerliche Politik

Zur finanziellen Unterstützung ihres Einsatzes für eine neutrale, unabhängige Schweiz, für eine geradlinige Ordnungspolitik und für einen gesunden Staatshaushalt hat die SVP die «Stiftung für bürgerliche Politik» ins Leben gerufen. Die Stiftung bezweckt, die Partei mit den Anlageerträgen des Stiftungsvermögens in der politischen Grundlagenarbeit und Meinungsbildung auf Bundesebene finanziell zu unterstützen. Mit Ihrer Spende oder Ihrem Legat können Sie auch über Ihr eigenes Leben hinaus die SVP und deren bürgerliche Politik unterstützen.

Auskünfte zur Stiftung wie auch über die Errichtung eines Legates bzw. Vermächtnisses erteilt Ihnen gerne der Stiftungsratspräsident, Nationalrat Hans Kaufmann, Niederweg 18a, 8907 Wettswil, oder Yves Bichsel, Generalsekretär SVP, Brückfeldstrasse 18, Postfach 8252, 3001 Bern (Tel. 031 300 58 58).

Ihr Inserat in «SVP-Klartext»

«SVP-Klartext» ist die Zeitung für den Mittelstand. Sie erscheint monatlich in einer Auflage von 55000 Exemplaren. **Ab nur 140 Franken** sind Sie mit einem Inserat dabei. Auf Wunsch vierfarbig. Neu sogar ohne Farbzuschläge.

Interessiert? Weitere Auskünfte erhalten Sie über Telefon 031 300 58 58 oder E-Mail klartext@svp.ch.

Nationalrat Toni Brunner, Präsident der SVP Schweiz

SVP-Dreschen als Intellektuellensport

Journalisten und elitäre Intellektuelle geben sich gerne feinsinnig. Aber zwischendurch haben sie ein starkes Bedürfnis nach einer derberen Tätigkeit: SVP-Dreschen zum Beispiel. Ganz besonders ausgeprägt in diesem Sommer. Landauf, landab wird jeder zitiert, jeder vor das Mikrofon oder die Kamera gezerrt, der Jauche über die Partei schütten will. Kolumnisten, Kommentatoren und politologische Kaffeesatzleser schwatzen und schreiben in pechschwarzen Worten über diese rabenschwarze Partei.

Daraus können wir schliessen, dass die Oppositionspolitik der SVP bei der regierenden Mitte-Links-Allianz gefürchtet ist. Sonst würde sie die machtnahen Medien nicht Trommelfeuer schiessen lassen.

Und tatsächlich: Bei den Parlamentswahlen in den Kantonen St. Gallen,



Schwyz, Uri und Thurgau verzeichnete die SVP eindruckliche Erfolge; bei den Regierungsratswahlen setzten sich in Schwyz, St. Gallen und Nidwalden Kandidaten der SVP durch; in den beiden letztgenannten Ständen ist sie gar das erste Mal in der Exekutive vertreten.

Auch im Rat in Bundesbern hat die SVP eine erfolgreiche Session hinter sich. Das Militärgesetz, ganz im Sinne von Internationalismus und ausserpolitischer Abenteuerlust verfasst, wurde von der SVP-Fraktion gestützt und zurechtgebogen. Die Bestimmung etwa, welche die Verpflichtung zum WK-Dienst im Ausland vorsah, kippte die SVP aus dem Regelwerk. Im Legislaturprogramm vermochte die SVP weitere wichtige Korrekturen anzubringen: So war ein SVP-Antrag auf steuerliche Entlastung von Familien mit Kindern erfolgreich, ebenso waren es solche zur Stärkung der heimischen Landwirtschaft und zur Streichung der Strassenzölle.

Die SVP bewirkt etwas, bewegt etwas. Und sie steht geschlossen da. Auch wenn die Medien versuchen, die Absplitterung einzelner Exponenten in Bern und Glarus zu einem Eklat

hochzujubeln. Wir sehen stattdessen Realität und Relationen: Einige wenige Amtsträger verlassen die Partei, weil sie unsere Positionen nicht teilen. Demgegenüber sind seit der Dezember-Intrige gegen die SVP-Vertretung in der Landesregierung 13 000 Neumitglieder zu verzeichnen; beigetreten allesamt, weil sie von unserer geradlinigen und konsequenten Politik überzeugt sind.

Was die SVP-Drescher wissen, aber nie schreiben: Kurshalten zahlt sich aus. Für die Partei. Und vor allem für unsere Heimat. Deshalb dreschen ja die Drescher auf uns ein. Sollen sie. Wir halten Kurs.

Ihr Toni Brunner

Werbung



Haus der Freiheit

Ferienzeit – Ausflugszeit
Besuchen Sie den Landgasthof Sonne,
das Haus der Freiheit!

Neueröffnung am 27. Juni 2008

Urgemütliche Gaststube
Wein von SVP-Winzern
Schöne Gartenterrasse
Saal für Gesellschaften
Einfache Zimmer für Übernachtungen
Ferienwohnung auf Anfrage

Herzlich lädt ein:
Das Sonne-Team mit Toni Brunner
(Präsenz Toni Brunner auf der Website ersichtlich)

Montag: Ruhetag!

Kontakt:

Telefon: 071 993 10 01
info@hausderfreiheit.ch
www.hausderfreiheit.ch

Wintersberg, 9642 Ebnat-Kappel

BON 5.-
Dieses Inserat
ausschneiden
und mitbringen!

Haus der Freiheit jetzt offen!

Endlich ist es so weit! Der Landgasthof Sonne öffnet seine Türen. Das Haus der Freiheit liegt im wunderschönen Toggenburg in der Gemeinde Ebnat-Kappel am Sonnenhang Wintersberg, der Heimat von Parteipräsident Toni Brunner.

Am besten findet man den Landgasthof, wenn man von Wattwil die Umfahrungsstrasse Ebnat-Kappel benutzt und vor Krummenau links abbiegt Richtung Bendel/Hemberg. Dann geht's den Hang hinauf und die Strasse führt direkt zum Landgasthof.

An wunderschöner, sonniger Lage entsteht ein neues Epizentrum der SVP. Es erwarten Sie Emmi und Ernst Bucher sowie zusätzlich ab 1. August Brigitte Custer, die im Auftrag von Toni Brunner, seinem Onkel Werner Brunner und Stefan Kölliker den Betrieb führen.

In der urgemütlichen Gaststube gibt es einfache, einheimische Spezialitäten sowie Wein von SVP-Winzern. So zum Beispiel vom höchsten Schweizer, dem Nationalratspräsidenten André Bugnon, von Nationalrat Guy Parmelin, dem ehemaligen Präsidenten der SVP Schweiz Hans Uhlmann und seinem Sohn Hansjörg sowie dem bekannten Herrschaftler-Winzer Andrea Davaz und weiteren Winzern von nah und fern.

SVP-Mitglieder, andere Gäste und Ausflügler sind im Haus der Freiheit jederzeit herzlich willkommen! Für grössere Gesellschaften gibt es einen Saal und es stehen einfache Übernachtungsmöglichkeiten zur Verfügung.

Alain C. Hauert, Pressesprecher SVP Schweiz

Demokratiedefizite bei der Personenfreizügigkeit

Mit der Zusammenlegung der beiden Vorlagen zur Personenfreizügigkeit wird unser direktdemokratisches System ausgehebelt. Hinter dem Rücken des Volkes sollen erneut Forderungen der EU erfüllt werden, obwohl der Druck von dieser Seite auf die Schweiz stetig zunimmt. Es ist an der Zeit, dass das Volk diese undemokratischen Taschenspielertricks durchschaut.

Zwei Fragen – aber nur eine Antwort

Das Schweizer Parlament hat dem Druck der EU wieder einmal nicht standgehalten. Nachdem die unhaltbaren Angriffe aus Brüssel und Berlin auf unser Steuersystem sowie das Bankkundengeheimnis schon länger anhalten und auch in anderen Fragen, wie etwa dem Fluglärmstreit, keine Annäherungsversuche von «europäischer» Seite auszumachen sind, hat sich die EU nun auch direkt in ein Parlamentsgeschäft eingemischt. Die Drohung, dass im Falle einer Verweigerung der Ausdehnung des Personenfreizügigkeitsabkommens auf die neuen Mitgliedstaaten Rumänien und Bulgarien alle bilateralen Verträge durch die «Guillotine-Klausel» aufgehoben werden müssten, verunsicherte offensichtlich eine labile CVP-Links-Mehrheit im Parlament so sehr, dass diese zu einem undemokratischen Taschenspielertrick bereit war. Mit dem Entscheid, die beiden Vorlagen zur Personenfreizügigkeit zu verknüpfen, wird das Stimmvolk entmündigt.

Es geht bei den aktuellen Vorlagen um zwei grundsätzlich verschiedene Aspekte der Personenfreizügigkeit. Einerseits die – auch bei der SVP unumstrittene – Weiterführung des bewährten Weges mit den bisherigen EU-Staaten, andererseits die Erweiterung dieses Abkommens auf Rumänien und Bulgarien. Es stellen sich also zwei Fragen, das Parlament ermöglicht dem Volk aber nur, eine Antwort darauf zu geben. Mit nur ei-



ner Abstimmung wird die Garantie der unverfälschten Stimmabgabe gemäss Artikel 34 der Bundesverfassung verletzt. Wer für die Weiterführung der Personenfreizügigkeit, aber gegen deren Ausdehnung auf Rumänien und Bulgarien ist, kann seinen Willen nicht frei kundtun. Ein solches Vorgehen ist undemokratisch und respektlos. Wieder einmal kapituliert die Schweiz vor den Forderungen der EU.

Falsche Versprechungen

Besonders stossend an der Situation ist die Tatsache, dass bei der Einführung des Personenfreizügigkeitsabkommens, beziehungsweise beim bisherigen Erweiterungsschritt, den Bürgerinnen und Bürgern immer wieder versprochen wurde, dass sie über jeden weiteren Schritt frei und ohne Druck von EU-Seite abstimmen dürften.

So wurde von den Befürwortern der Erweiterung der Personenfreizügigkeit im Jahr 2005 Folgendes angeführt:

«Es gibt keinen Automatismus bei der Erweiterung der Personenfreizügigkeit. Die Schweiz wird jedes Mal angemessene Übergangsfristen mit Zuwanderungsbeschränkungen aushandeln. Und das Schweizervolk wird jedes Mal die Gelegenheit haben, darüber abzustimmen.» aBR Joseph Deiss

«Falls die EU weitere Länder aufnimmt – z.B. Bulgarien oder Rumänien –, kann in der Schweiz erneut darüber abgestimmt werden, ob das Abkommen auf diese Länder ausgedehnt werden soll.» BR Micheline Calmy-Rey

«Bulgarien, Rumänien und die Türkei stehen am 25. September nicht zur Debatte! Wenn sie EU-Mitglieder würden, müssten wir nochmals über die Freizügigkeit abstimmen.» Arbeitgeberpräsident Rudolf Stämpfli

Zudem wurde dem Volk auch im Abstimmungsbüchlein für die Volksabstimmung vom 25. September 2005 mitgeteilt, dass das Parlament im Jahr 2009 entscheiden werde, ob das Freizügigkeitsabkommen weiterzuführen ist: im Falle eines Referendums hätten die Stimmberechtigten erneut das letzte Wort. Auch eine Ausdehnung der Freizügigkeit auf künftige neue EU-Staaten muss vom Parlament genehmigt werden und untersteht dem fakultativen Referendum.

Im Jahr 2009 muss der EU also eine Antwort auf die Frage gegeben werden, ob die Personenfreizügigkeit in der bisherigen Form weiterzuführen ist. So viel war schon vor drei Jahren klar. Über allfällige Erweiterungen ist gemäss den damaligen Versprechungen zusätzlich abzustimmen. Dass nun zufälligerweise zwei Vorlagen zur Personenfreizügigkeit gleichzeitig auf dem Tisch liegen, darf an dieser Ausgangslage nichts verändern.

Schweizer Interessenpolitik muss im Zentrum stehen

Die Vorlage zur Weiterführung ist in diesem Zusammenhang unbestritten. Die bedingungslose Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien hingegen ist abzulehnen. Diese Erweiterung liegt vorab im Interesse der EU und bringt der Schweiz keinen direkten Nutzen. Im Zentrum von Vertragsverhandlungen müsste aber jeweils das Ziel stehen, ein Nutzengleichgewicht zu erreichen, einseitige Abkommen sind inakzeptabel. Dass die Schweiz nun trotz dem unhaltbaren Druck, der auf unsere Standortvorteile ausgeübt wird, vorbehaltlos den neuerlichen Forderungen der EU nachkommt, darf nicht sein. Auch deshalb verurteilt die SVP den Entscheid der Parlamentsmehrheit, die Ausdehnung mit der Weiterführung zu verknüpfen, aufs Schärfste.

Die Zusammenlegung der Vorlagen umgeht die direkte Demokratie und zeigt, dass die Mehrheit des Parlaments bereit ist, weitere Annäherungsschritte an die EU hinter dem Rücken des Volkes durchzuwinken. Die SVP achtet als einzige Partei weiterhin uneingeschränkt die Volksrechte und stützt unsere direkte Demokratie. Die aktuelle Diskussion zeigt zudem einmal mehr auf, weshalb ein Beitritt zur EU keine Option für die Schweiz sein kann. Denn solche Demokratiedefizite, wie wir sie in der Frage zur Personenfreizügigkeit erleben, sind in der Europäischen Union an der Tagesordnung.

Der Zentralvorstand der SVP hat im Mai 2008 beschlossen, gegen die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien das Referendum zu ergreifen. Am 5. Juli wird die Delegiertenversammlung das letzte Wort hierzu sprechen.

Urs Martin, Fraktionssekretär SVP Schweiz, Oberaach TG

Erfolgreiche SVP-Politik in der Sommersession

Wegen der Euro 2008 wurde die diesjährige Sommersession eine Woche früher als üblich abgehalten. Der Fussball dominierte den politischen Kalender. Doch im Unterschied zu Köbis Mannen konnte die SVP-Fraktion zahlreiche Punkte verbuchen.

Militärgesetz: Rote Karte für die Generäle mit NATO-Drang

Bei der Beratung des Militärgesetzes konnte die SVP einen Grosse Erfolg verbuchen. Nachdem der Bundesrat eine Vorlage präsentierte, welche von den NATOphilen Generälen im führungslosen Verteidigungsdepartement geprägt wurde, konnte die SVP im Nationalrat wirksam Gegensteuer geben. Die SVP beendete die Möglichkeit von Wiederholungskursen im Ausland und konnte ebenfalls verhindern, dass Berufsmilitärs für Auslandseinsätze verpflichtet werden können.

Entwicklungshilfe: weitere Erhöhung abgeblockt

Nachdem die CVP und Teile der FDP zusammen mit den Linken für höhere Entwicklungshilfegelder lobbyierten und damit in der Aussenpolitischen Kommission Erfolg hatten, konnte die SVP im Nationalrat verhindern, dass noch mehr Entwicklungshilfegelder ins Ausland verteilt werden. Statt endlich auf die Wirksamkeit der bestehenden Zahlungen abzustellen, bevorzugten es breite Kreise noch immer, blind Geld zu sprechen. Leider bedeutet Entwicklungshilfe heute noch immer vor allem die Umverteilung des Geldes von armen Leuten aus reichen Ländern zu reichen Leuten in armen Ländern. Hier will und muss die SVP korrigierend einwirken.

Personenfreizügigkeit: undemokratische Parlamentsmehrheit

Zwei Negativpunkte musste die SVP im Parlament hinnehmen. Durch die unwürdige Verknüpfung der Ausdeh-



nung der Personenfreizügigkeit auf Bulgarien und Rumänien mit der Weiterführung der Personenfreizügigkeit mit den bestehenden 25 EU-Staaten verunmöglicht das Parlament dem Stimmvolk, eine saubere Willensäusserung kundzutun. Was für ein Mangel an Respekt gegenüber dem Volk! Ein weiterer Negativpunkt war die von der Parlamentsmehrheit beschlossene Mehrwertsteuererhöhung für die IV um 0,4 Prozent, ohne diese grundlegend zu sanieren. Die Probleme in der IV sind noch immer massiv. Doch bei der IV wird das Volk immerhin noch das letzte Wort haben, was die SVP sehr zuversichtlich stimmt.

Lex Koller: zurück an den Absender

Der Ständerat wies die Vorlage, welche die Lex Koller ohne Gegenmassnahmen aufheben wollte, an den Bundesrat zurück. Dies ist aus Sicht der SVP sehr zu begrüssen. Ebenfalls zu begrüssen ist, dass ein Partikelfilterobligatorium für Dieselmotoren im Nationalrat dank der SVP definitiv verhindert werden konnte. Schliesslich führte der Nationalrat auf Intervention der SVP eine dringli-

che Debatte über die hohen Treibstoffpreise sowie die mangelnde Ernährungssouveränität der Schweiz.

Legislaturplanung: wichtiger Kontrapunkt zum Bundesrat

Der Nationalrat beriet über die Legislaturplanung für die Jahre 2008 bis 2011. Als einzige bürgerliche Partei hatte die SVP ein Konzept. Sie reichte einen Rückweisungsantrag und über 30 Detailanträge ein, während die FDP ihre Anträge während der Kommissionssitzung schrieb und

die CVP vollends auf Anträge verzichtete. Das Resultat der Beratung kann sich aus Sicht der SVP sehen lassen. Es obsiegte zur steuerlichen Entlastung von Familien mit Kindern. Zur Stärkung der Landwirtschaft wurde beschlossen, dass die Doharunde nicht zu einer Schwächung der inländischen Landwirtschaft führen dürfe und dass eine weitere Reduktion des landwirtschaftlichen Einkommens und des Selbstversorgungsgrades zu verhindern ist. Ein weiterer Erfolg der SVP ist die definitive Streichung der Strassenzölle (Road Pricing). Was in der Legislaturplanung gilt, soll auch in den nächsten Jahren gelten. Die SVP zeigt dem Bundesrat bessere Lösungen auf und weist auf die Schwächen seiner Mitte-links-Politik hin.

Werbung

TROUVAILLES

Kunstgalerie

Permanente Gemälde-Ausstellung

des 19.-20. Jahrhunderts

Mittwoch: 14.00–18.00 Uhr
Samstag: 12.00–16.00 Uhr
oder nach Vereinbarung

Paul + Charlotte Vogt
Fischmarkt 6
CH-4410 Liestal

Tel./Fax +41 61 721 78 81
Natel +41 79 674 05 84
vogttrouvailles@bluewin.ch

Akkura GmbH

Mietliegenschaften
Stockwerkeigentum
Schätzungen
Beratungen

Immobilien-Treuhand mit Herzblut

Wir nehmen uns Zeit für Sie
persönliche Betreuung durch
Eidg. dipl. Immobilien-Treuhänder
Immobilienverwalter mit eidg. FA

Schulhausstr. 7, 5612 Villmergen

T: 056 610 10 92 www.akkura.ch

Yves Bichsel, Generalsekretär SVP Schweiz

SVP langfristig gestärkt

In den letzten Wochen war viel von Parteiaustritten die Rede. Es handelt sich bei den Ausgetretenen vorwiegend um Mandatsträger und kaum um Basismitglieder. Durch die Klärung der Situation wird die SVP zwar kurzfristig etwas belastet, mittel- und langfristig jedoch stärken diese Entwicklungen unsere Partei.

Am 1. Juni hat der Zentralvorstand der SVP Schweiz mit 81:5 Stimmen den Entscheid gefällt, die SVP Graubünden aus der Mutterpartei auszuschliessen. Bereits am nächsten Tag hat eine Gruppe von Berner Amtsträgern («Gruppe Bubenbergr») bekannt gegeben, dass sie die Gründung einer neuen Partei anstrebt. Sowohl die Berner Parteileitung als auch der überwiegende Teil der Berner Basis tragen ihr Vorgehen nicht mit. Nur zwei der zehn Berner SVP-Nationalräte gehören dieser Gruppe an.



Im Kanton Glarus sind in der Folge acht Landräte aus der SVP ausgetreten. Diese Kantonsparlamentarier hatten sich für den Austritt der SVP Glarus aus der SVP Schweiz ausgesprochen für den Fall, dass die SVP Graubünden ausgeschlossen wird. Sie sind dann mit ihrem Anliegen an der kantonalen Delegiertenversammlung klar gescheitert. Wie uns die SVP Kanton Glarus mitteilt, sind ihnen nur wenige Parteimitglieder gefolgt.

Diese Austritte kommen für die SVP Schweiz nicht überraschend. Die SVP ist eine Partei mit klaren politischen Leitlinien. Sie steht ein gegen einen Beitritt zur EU, für die Ausschaffung krimineller Ausländer und für tiefere Steuern für alle. Mit diesem Programm hat die SVP in den

nationalen Wahlen vom Oktober 2007 einen rekordhohen Wähleranteil von 29% gewonnen. Im Nachgang zu den Bundesratswahlen haben sich 13 000 Personen als Neumitglieder eingeschrieben. Dieser Trend hält bis heute an. Und auch an der Urne hatte die SVP in diesem Jahr grossen Erfolg: Erstmals konnten wir in die Regierungen der Kantone St. Gallen und Nidwalden einziehen, und zwar mit Politikern, die ohne Wenn und Aber zu unserem Programm stehen. In den Kantonsparlamenten von St. Gallen und Schwyz wurde die SVP erstmals zur stärksten Kraft, in der Schwyzer Regierung gewannen wir einen zweiten Sitz. In Uri und Thurgau konnte die SVP im Parlament zulegen.

Was sich in den Kantonen Bern und Glarus ereignet hat, erinnert an den Fall von Ulrich Siegrist, dem ehemaligen Aargauer SVP-Nationalrat. Er ist im Verlauf der letzten Legislatur aus der SVP-Fraktion ausgetreten und 2007 mit einer eigenen Gruppierung («Forum Liberale Mitte») zu den Nationalratswahlen angetreten. Obwohl vor den Wahlen allgemein mit einer Wiederwahl Siegrists gerechnet wurde, scheiterte er mit

einem Wähleranteil von nur gut 4%. Das Bemerkenswerteste dabei war, dass die Gewinne des Forums Liberale Mitte nicht auf Kosten der SVP gingen. Der SVP Aargau gelang es trotz Konkurrenz durch die Abspaltung, ihren Wähleranteil von bereits sehr hohen 34,6% noch weiter auf 36,2% zu steigern. Verloren haben SP, CVP, FDP und EVP.

Die klare Linie, welche die grossen Erfolge unserer Partei ausmacht, ist ohne Abstriche weiterzuführen. Wenn Einzelne die Partei verlassen, so ist das immer zu bedauern. Es macht aber keinen Sinn, Mitglieder vom Austritt abhalten zu wollen, die unsere politische Haltung in den Grundsätzen nicht teilen. Das Beispiel aus dem Kanton Aargau zeigt, dass solche Entwicklungen nicht der SVP, sondern den anderen Parteien schaden. Die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit führen mittel- und langfristig zu einer Stärkung der SVP. Darauf kommt es an.

Qualitäts-Treuhand

mit integrierter betriebswirtschaftlicher Beratung
Schnell – Kompetent – Kostengünstig

- **Komplette Buchführung** auf Ihrem oder unserem System (Web-Treuhand)
- **Teilzeit-CFO** (Management auf Zeit)
- **Trouble Shooting-Einsätze** vor Ort (z.B. kurzfristiger Ersatz CFO/Projekte)
- **Sanierungen/Umwandlungen/Liquidationen**
- **Betriebswirtschaftliche Beratung inkl. Steuerplanung**
- **Verwaltung STWEG**
- **Start-Up-Beratung inkl. Businessplan und Budget**



timeconsult

TT Timeconsult Treuhand AG
Zimikerried 20
8603 Schwerzenbach
www.timeconsult.ch

Standorte in Schwerzenbach ZH, Muri AG, Derendingen SO

Kontakt: Christoph Lanker
Präsident SVP Ortspartei Derendingen
052 213 96 10, christoph.lanker@timeconsult.ch

Werbung

cockpitKMU®

- Erfolg ist machbar
- Für Praktiker
- 30 gratis Downloads

www.cockpitKMU.ch
reinschauen lohnt sich!

Elektronische Verwaltung und Organisation von Orts- und Amtsparteien.

Zentrale Ablage, Internetzugriff, Benachrichtigung, Versionierung, flexibel, anpassbar, Office-Integration.

Dokumente, Termine, Pendenzen, Vorstand, Sitzungen, Rapportierung...

<http://www.hurco.ch/Vereinsverwaltung.htm>

lic. iur. Hermann Lei, Rechtsanwalt, Kantonsrat SVP Frauenfeld

Skandalentscheide: IV-Rente als Qualitäts- merkmal von Einbür- gerungskandidaten

Es braucht keine lange Erfahrung in der Politik, um festzustellen, dass unser Einbürgerungssystem nicht funktioniert: Als ich in den Gemeinderat von Frauenfeld gewählt wurde, musste ich die Erfahrung machen, dass Einbürgerungskandidaten grossmehrheitlich unkritisch durchgenickt werden. Die allesamt zustimmenden Entscheide erfolgen in Unkenntnis der Dossiers; berechnete Fragen werden als lästig empfunden. Mein Einsichtsrecht in die Kandidatenunterlagen musste ich mir zuerst auf dem Rechtsweg erstreiten.



Diese ernüchternde Erfahrung findet nun ihre parallele Fortsetzung in der Einbürgerungspraxis der kantonalen Legislative. Der neue Rat, dem ich nun angehöre, eröffnete seine Legislatur mit einer nonchalanten Einbürgerungsrunde.

Die Linke droht mit der Faschismuskeule und die meisten Bürgerlichen ducken sich eingeschüchtert weg:

102 Gesuche, das sind etwa 150 Kandidaten, wurden unkritisch durchgewinkt. Wie es um die Integration und Verfassungstreue der zahlreichen Muslime bestellt sein mag, kümmerte nicht. Der Umstand, dass nicht mal ein Drittel der Gesuchsteller den Akt auf der Zuschauertribüne mitverfolgte, dürfte zumindest ein Indiz sein, welchen Stellen-

wert die Kandidaten der neuen Heimat und ihren Institutionen beimessen...

Immerhin aber hätten zumindest zwei der Gesuchsteller das Misstrauen des Rates wecken müssen: beides IV-Bezüger, der eine davon ein jugendlicher Frührentner. Als ich mir frühmorgendlich vor der Ratssitzung die Akten ansehen konnte, liess sich diesen kein Hinweis entnehmen, aus welchem Grund den beiden Anspruch auf eine IV-Rente zusteht. Erstaunlich, denn immerhin finanzieren diese ihren Lebensunterhalt auf Kosten all derjenigen, die jeden Tag ihrer Arbeit nachgehen. Aber das ist offenbar nicht wichtig: IV-Rentner gelten als finanziell solid; ihr Erwerb sei sicherer als jener eines Selbstständigerwerbenden, sagte mir der Beamte, der die Gesuche vorbereitet. Das heisst: Eine IV ist geradezu ein Qualitätsmerkmal beim Einbürgerungsentscheid. So kann unser Staat nicht funktionieren.

Werbung

**Fahrschule Auto und Motorrad
WALTI BÜRKI**

5507 Mellingen
079 221 21 00
Im Kanton Aargau
Spezialtarif für SVP-Sympathisanten!



Bettenreinigung in einem Tag!

Decken und Kissen werden morgens abgeholt und in einem Tag aufgefrischt. Inhalt reinigen: Decken Fr. 25.-, Kissen Fr. 10.-. Neue Stoffe und Nachfüllung auf Wunsch. Nur 1a-Qualitäten, kein Lebendrupf! Neue Decken und Kissen, auch Spezialanfertigungen. Direktverkauf aus eigener Fabrikation.

**Bettwaren
Kloten**

BETTFEDERNREINIGUNG
POTEMA®
MOBILE MATRATZENREINIGUNG

ZOLLINGER + CO. AG

• 8424 Embrach, Hardhofstrasse 15
Telefon 044 869 10 75
Samstags auf tel. Anmeldung

www.raferfeld.com
bettwaren@raferfeld.com

Bruchsch Liecht?



DE NOSI HÄT'S!

20 Jahre

NOSERLIGHT

CH-8909 Zwillikon

Telefon 044 701 81 81, Fax 044 761 86 12
info@noserlight.ch, www.noserlight.ch

Gespräch mit Milly Stöckli, Grossrätin SVP AG

Fragen zur Landeshymne

Milly Stöckli, die Überweisung Ihres Postulats im Grossen Rat mit der Forderung, dass alle Schulkinder die Landeshymne lernen müssen, war ein überraschender Coup. Haben Sie selber damit gerechnet?

Nein, gerechnet habe ich nicht damit, aber die Hoffnung stirbt zuletzt. Dank meiner Überzeugungsarbeit bei den Grossrätinnen und Grossräten der anderen Parteien hat es am Schluss doch noch gereicht. Daher bedanke ich mich bei allen für ihre Stimme.

Postulate pflegen gerne in einer Schublade zu verschwinden. Bleiben Sie hartnäckig?

Wer mich kennt, weiss, dass ich nichts anbrennen beziehungsweise verstauben lasse. So auch nicht das Postulat betreffend die Forderung der Landeshymne in den Schulen. Ich werde den Regierungsrat in seiner Tätigkeit betreffend Hymne genau verfolgen und, wenn nötig, nachhaken.

Werbung

AKTION

Für SVP-Freunde

FILME ÜBERSPIELEN

Wir überspielen Ihre N8/S8/VHS/Hi8/DVC-Filme auf DVD. Professionelle Qualität, kein Abfilmen ab Leinwand oder Glasscreen. Gyger Jürg, Kauenstrasse 4, 8887 Mels SG. Rufen Sie mich an ab 17.30 Uhr 081 723 57 67



Milly Stöckli-Amman ist SVP-Grossrätin, Präsidentin der SVP-Frauen Aargau, Bäuerin und Gastronomin auf dem Sodhof in Muri.

Was hat Sie bewogen, diesen Vorstoss zu lancieren?

Wenn ich sehe, wie die Schweizer nur verlegen etwas in den Bart brummeln, sollten sie die Schweizerhymne singen, dann tut mir das jedes Mal weh. Schon viele Sportanlässe mit internationalem Charakter haben es sich zur Tradition gemacht, dass man die Hymne spielt. Leider jedes Mal dasselbe traurige Bild. Man versucht zu singen, aber die Worte wollen einfach nicht so recht über die Lippen. Ich habe von etlichen Kindern gehört, dass sie gerne die Landeshymne singen würden.

Einige Lehrer sagten mir auch, dass sie die Hymne gerne den Schülern beibringen, sie aber genau wissen, dass es Lehrkörper gibt, die aus ideologischen Gründen die Hymne nicht im Schulstoff haben wollen.

Es ist nicht Sache des Grossen Rates, Lehrplanentscheide zu fällen. Haben Sie bewusst Neuland betreten oder einfach einen Versuch gestartet?

Es ist eine heikle Angelegenheit und ich bin mir bewusst, dass der Grosse Rat sich nicht in die Aufgaben der Lehrer einmischen sollte. Aber hier geht es um ein Anliegen mit natio-

nalem Hintergrund und somit ist legitim, dass das Parlament tätig wird. Früher war es in den Schulen Pflicht, die Hymne zu lernen. Leider verschwand diese Tradition dann Anfang der 90er Jahre. Weil man nicht mehr gewillt war, zur Schweiz zu stehen. Nun haben sich die Zeiten wieder geändert, man ist zum Glück wieder stolz, Schweizer zu sein. Deshalb bin ich überzeugt, die Kinder lernen die Schweizerhymne gerne.

Soll das Lernen der Landeshymne in einer bestimmten Klasse erfolgen oder alle Jahre repetiert werden?

Es reicht, wenn die Schüler die Hymne einmal in ihrem Schülerdasein erlernen. Das kann gut im Fach Geschichte/Heimatkunde integriert werden. Wenn man dann vor den Ferien, in Hinblick auf den 1. August, die Hymne nochmals repetiert, wird das wohl kaum einem Schüler schaden.

Postulat Milly Stöckli, Muri, betreffend Berücksichtigung der Landeshymne in den aargauischen Lehrplänen (mitunterzeichnet von 32 Ratsmitgliedern)

Text:

Der Regierungsrat wird eingeladen, nach § 13 Abs. 2 des Schulgesetzes festzulegen, dass in der Primarschule obligatorisch die Landeshymne gelernt wird.

Begründung:

Die Volksschule vermittelt Grundwissen und Grundfertigkeiten, unterstützt die Entwicklung von Grundhaltungen und fördert die Entwicklung vielseitiger Interessen. Die damit angestrebte Grundausbildung umfasst neben der Beherrschung der Kulturtechniken auch grundlegende Kenntnisse in Bereichen der Natur, Wirtschaft, Gesellschaft, des Staates und der Kultur. Die Schweiz bildet von der Primarschule an für die Unterrichtsgegenstände in den einzelnen Fächern wesentliche Bezugspunkte. Dies gilt in besonderem Masse für die Fächer Deutsch, Mensch und Umwelt, Geografie, Geschichte/Staatskunde und Musik. In diesen Fächern, aber auch im übrigen Unterricht werden in einem schweizerischen Bezugsfeld Werthaltungen aufgebaut, die Identität entwickeln und die Integration fördern.

Angesichts dieser Tatsache lade ich den Regierungsrat ein, das Erlernen der Landeshymne im Fachbereich Musik in der Primarschule als obligatorisch zu erklären.

Gute Geschäftsmöglichkeit

Sie sind seriös, selbstständig, positiv und lieben Kontakt mit Leuten.

Dann informieren Sie sich unter www.freizeit-einkommen.ch

Nationalrat Felix Müri, Emmenbrücke LU

Schluss mit dem VCS-Diktat

Immer häufiger werden demokratische Entscheide unterlaufen. Mittlerweile sind wir gar so weit, dass links-grüne Verbände Volksentscheide einfach ausser Kraft setzen können. Dieser Verflüchtigung der direkten Demokratie will eine FDP-Volksinitiative einen Riegel schieben: Es ist stossend, dass demokratische Entscheide über die Verbandsbeschwerde ausgehebelt werden können.

Nach Schweizer Recht haben Umweltschutzverbände unter bestimmten Bedingungen ein Rekursrecht gegen Bauvorhaben. Dieses sogenannte Verbandsbeschwerderecht wurde vor 40 Jahren im Natur- und Heimatschutzgesetz festgeschrieben. Man wollte dem Umstand Rechnung tragen, dass sich Natur und Umwelt nicht selber schützen können.



Rechtlich problematisch

Das Verbandsbeschwerderecht ist eine rechtlich problematische Einrichtung: Das Recht für unbeteiligte Dritte, mittels Beschwerden die Realisierung umfangreicher Bauprojekte total blockieren zu können, ist ein massiver Eingriff in die Eigentumsfreiheit der Betroffenen. Anders als bei der Beschwerde durch Nachbarn, welche durch ihre Nähe zum geplanten Bauprojekt meistens in eigenen Rechten betroffen sind, ist ein Verband nie selber betroffen. Dies eröffnet ein beachtliches Missbrauchspotential.

Und tatsächlich wird das Verbandsbeschwerderecht immer öfter nicht mehr im Sinne der ursprünglichen Idee eingesetzt, sondern für rein politische Zwecke missbraucht. Mit unsinnigen Rekursen werden wichtige Bauprojekte auf bürokratischem Weg verzögert und so schliesslich verhindert.

Demokratie wird unterlaufen

Besonders störend ist die Verbandsbeschwerde dort, wo demokratische

Entscheide vorliegen. Die Beispiele der Fussballstadien in Aarau, Thun oder Zürich sind in unschöner Erinnerung. In Zürich haben die Stimmberechtigten bereits im September 2003 dem Neubau des Hardturm-Stadions zugestimmt. Ohne Verzögerung durch Beschwerden linker Organisationen wäre das Stadion rechtzeitig zur EURO'08 bereit gewesen. Nun hat unter anderem die Greina-Stiftung Beschwerde eingereicht. Der fehlende Zusammenhang zwischen dem Fussballstadion und der Greina-Hochebene ist offensichtlich.

Ein anderes Beispiel ist der Fall Rothenburg, wo die IKEA ein Bauprojekt realisieren möchte. Nachdem die Rothenburger Gemeindeversammlung den Bauplan der IKEA genehmigt hatte, legte sich einmal mehr der VCS quer. Selbst mit dem Entscheid der Gemeinde, die Parkplatzzgebühren von einem auf zwei Franken zu erhöhen, gab sich der VCS nicht zufrieden. Die Rothenburger verstehen die Welt nicht mehr: Was gilt ein Entscheid der Gemeindeversammlung eigentlich noch?

Massive wirtschaftliche Schäden

Wenn einzelne Verbände grosse Bauvorhaben mit Beschwerden verhindern, so blockiert dies wichtige Investitionen und gefährdet Arbeitsplätze. Der volkswirtschaftliche Schaden ist enorm. Die Gesamtsumme der von Umweltverbänden blo-

ckierten Projekte liegt bei mehreren Milliarden Franken – so eine Studie von «Avenir Suisse» (2003).

Den Beweis, dass ihre Forderungen der Umwelt tatsächlich etwas nützen, sind die beschwerdeberechtigten Organisationen bis heute schuldig geblieben. So führen die von links-grünen Verbänden geforderten Parkplatzreduktionen bei Einkaufszentren bei den Automobilisten meist nicht zum Umsteigen auf den öffentlichen Verkehr, sondern vielmehr zu Suchverkehr oder Ausweichfahrten in andere Einkaufszentren.

Ja zur Volksinitiative

Die Volksinitiative der FDP verdient ein deutliches Ja. Sie schafft Ordnung und sorgt dafür, dass demokratisch beschlossene Projekte auch wirklich realisiert werden können. Es kann nicht angehen, dass uns der VCS diktiert, was wir tun dürfen und was verboten ist.

Werbung

Die seriöse Geldanlage für den Kleinanleger!

Kapitalanlage Ferien auf der Fiescheralp

Privatfinanzierung mit 10 Jahre Erfahrung!

Ihre Geldeinlage

Fr. 10'000.-
Fr. 20'000.-
Fr. 30'000.-
usw. ...



Ihre Sicherheit
Pfandbrief
im 1. Rang

6 % ZINS

3% Barzins + 3% in Gutscheinen
für Rest. **Bergfreund** + Hotel **Alpenblick**

Informationen: Holzer Fabian, Hotel Alpenblick, 3984 Fieschertal
alpenblick@rhone.ch Tel. 0041(0)279701660 Fax. 0041(0)279701665

ALETSCH Brig Wallis Schweiz

SVP-HIT
SVP-Spezialpreis

FR. 50.-
pro Person/Nacht

Egal wieviel Nächte!

- Übernachtung im Doppelzimmer
- Frühstücksbuffet
- Benützung von Hallenbad, Sauna, Aromadampfbad und Tiefgarage

Prof. Dr. Albert A. Stahel, Universität Zürich

Kriegsausbildung der NATO in der Schweiz?

Am 12. August 2007 kracht ein Tornado ECR (Kampfflugzeug für die elektronische Aufklärung) der deutschen Luftwaffe in eine Felswand im Lauterbrunnental. Dabei kommt der Pilot um, und der Waffenoffizier kann sich durch den Schleudersitz retten. Gemäss den offiziellen Verlautbarungen aus Bern ist dieser Tornado beim französischen Stützpunkt Nîmes oder im korsischen Ajaccio gestartet und hat für den Weiterflug zum Stützpunkt Lechfeld nahe Augsburg im schweizerischen Emmen zwischenlanden und auftanken müssen. Bereits diese Meldung weist auf einige Merkwürdigkeiten hin. Zunächst ist zu bemerken, dass die deutsche Luftwaffe in der Regel in Decimomannu in Sardinien übt und auch dort stationiert ist. Warum soll dieser Tornado ausgerechnet in Frankreich gestartet sein? Welchen Auftrag hatte er dort zu erfüllen? Des Weiteren beträgt der Direktflug Ajaccio – Lechfeld oder Nîmes – Lechfeld ca.



700 Kilometer. Ein Tornado IDS (Jagdbomber) oder ein ECR verfügt mit voller Waffenladung mindestens über einen Einsatzradius (Hin- und Rückflug) von 1390 Kilometern. Die maximale Reichweite beträgt gar 3895 Kilometer. Es stellt sich deshalb die Frage, warum diese Zwischenlandung zwecks angeblicher

Auftankung notwendig war. Von Emmen aus hätte der Tornado ECR auch direkt nach Lechfeld weiterfliegen können. Nein, er fliegt ins Berner Oberland und absolviert einen Konturenflug auf 300 Metern über Grund, vermutlich mit einer Maximalgeschwindigkeit von 450 Stundenkilometern. Der Einsatzraum zwischen den Felswänden beträgt weniger als 800 Meter. Es soll sich um einen Übungsflug gehandelt haben.

Aufgrund des Profils dieses Fluges ist man geneigt, sofort an das gebirgige Afghanistan mit dem Hindukush zu denken. Nun ist dieser Tornado ECR keine Jagdbomber- oder Aufklärungsversion Tornado RECCE, sondern dient der elektronischen Aufklärung, so der Ausschaltung gegnerischer Radaranlagen. Die Taliban in Afghanistan verfügen aber über keine Radars für den Einsatz von Fliegerabwehrlenk Waffen. Dagegen ist der Iran mit weitreichenden Fliegerabwehrlenk Waffen russischer Herkunft ausgerüstet. Gleichzeitig ist der Iran sehr gebirgig. So reicht das Elburz-Gebirge bis 5605 Meter über Meer. Der Iran könnte das nächste Ziel für einen Krieg der Bush-Administration sein. Dieser Krieg dürfte aufgrund der Überdehnung der US-Bodenstreitkräfte im Irak vermutlich nur aus der Luft er-

folgen. Um einen solchen Luftschlag ohne grosse Verluste an Jagdbombern führen zu können, müssten vorgängig die iranischen Radars und Lenkwaffenstellungen durch Kampfflugzeuge ausgeschaltet werden. Neben den USA verfügt nur Deutschland mit den Tornados ECR über eine solche Kapazität. Während die dafür geeigneten Kampfflugzeuge Grumman EA-6 Prowler der USA veraltet sind, verfügt die deutsche Luftwaffe mit den Tornados ECR über sehr moderne Kampfflugzeuge. Der Verdacht drängt sich auf, dass sich der Tornado ECR auf einem Übungsflug für einen möglichen Einsatz gegen den Iran befand. Sollte dies zutreffen, dann hat das VBS in grober Weise nicht nur eine Verletzung der Neutralität der Schweiz in einem zukünftigen Krieg ermöglicht, sondern die Beziehungen der Schweiz zum Iran grob fahrlässig aufs Spiel gesetzt. Dies erstaunt in Anbetracht der NATO-Hörigkeit der Departements- und Armeeführung niemanden.

Interessanterweise erlaubt das VBS den im Irak und in Afghanistan kriegsführenden Staaten offenbar nicht nur Übungen mit Kampfflugzeugen, sondern auch die Ausbildung von Spezialeinheiten in der Schweiz. So sollen in den Schweizer Bergen interessanterweise Soldaten der amerikanischen 82nd Airborne Division (Luftlandedivision, 2003 im Irak eingesetzt), der britischen Royal Marines und SAS (Special Air Service) die Gebirgskampftechnik üben. Damit werden diese «Soldaten» (besser wäre die Bezeichnung Rambos) für den Krieg in Afghanistan und das Abmurksen afghanischer Zivilisten (Frauen, Kinder, alte Männer) hervorragend ausgebildet. Taliban sind nämlich in Afghanistan sehr schwierig zu finden und gar zu töten. Dagegen ist die Bevölkerung schutzlos den Angriffen der NATO am Boden und in der Luft ausgeliefert – entgegen dem Renommee des britischen Prinzen Harry. Aber dies tut hier nichts zur Sache. Wichtig ist der willfährige Gehorsam des VBS gegenüber der Generalität der NATO. Hier ist offenbar nur noch die Achtungsstellung gegenüber den Wünschen der NATO gefragt, gleichgültig, ob dadurch die Neutralität der Schweiz oder der internationale Ruf unseres Landes in der Welt mit Füßen getreten werden.

Werbung

**www.
wahl-plakate
.ch**

ÜBERSETZEN,
LEKTORIEREN, REDIGIEREN
AAREPTAN
Bahnhofweg 17, 5610 Wohlen
056 622 33 44, www.aareptan.ch
translate@aareptan.ch

Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher



Abgew. Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

Patrick Freudiger, Stadtrat Langenthal BE

FC Classe politique

Seit Wochen ist nun Fussball in Europa das dominierende Thema. Auch hier soll es deshalb um das Thema Fussball gehen. Allerdings wollen wir einen Blick nicht auf eines der Nationalteams, sondern auf eine andere, ganz spezielle Mannschaft werfen: auf den FC Classe politique.

Im Tor, Nr. 1: Georg Kreis.

Fängt mit seinen bedrohlichen Fangarmen auch die bestplatzierten Tor-schüsse ab.

Verteidigung, von rechts nach links:

Nr. 2: Frank A. Meyer.

Ein auffälliger Spieler. Obwohl seine Position dafür nicht ideal ist, will er immerzu aufs gegnerische Tor schiessen.

Nr. 6: Christian Levrat.

Verhindert und blockiert gekonnt kreative gegnerische Angriffe.

Nr. 5: Giuseppe Nay.

Er spielt als Libero und sabotiert diejenigen Angriffsversuche, die sonst alle Hürden überstanden haben. In der Wahl seiner Mittel ist er nicht wählerisch, jedoch wird er erstaunlich oft vom Schiedsrichter geschont.

Nr. 4: Paul Rechsteiner.

Bildet mit Levrat zusammen die Innenverteidigung. Die beiden sind das Kernstück des legendären Catenaccios des FC Classe politique.

Nr. 3: Therese Frösch.

Die wirblige Kampf-Feministin verunsichert mit ihrem schrillen Auftreten gegnerische Angreifer.

Mittelfeld, v. r. n. l.:

Nr. 10: Christophe Darbellay.

Ein Spielgestalter. Er kann auf der linken wie auch auf der rechten Sei-



te eingesetzt werden. Besonders ausgeprägt ist seine Fähigkeit, den Gegner mit allerlei Finten zu täuschen. Darbellay beklagt laufend den unfairen Spielstil der Gegner. Selbst jedoch fällt er immerzu mit rüden Fouls auf.

Nr. 8: Andreas Gross.

War früher Stürmer, heute liegt ihm eher das defensive Mittelfeld. Er hält sich selbst für den bestqualifizierten Mitspieler und wendet ebenso viel Energie fürs Spielen wie fürs Reden auf. Legendar sind seine Reklamationen beim Schiedsrichter, mit denen er gegnerische Spielzüge für regelwidrig erklären will.

Nr. 11: Ursula Wyss.

Arbeitet gut mit Christophe Darbellay zusammen. Neben auffälligem Selbstinszenieren bei publikumsreichen Matches versteht sie es auch, unauffällig zu arbeiten – um nach einem Sieg umso schadenfreudiger zu feiern.

Angriff, v. r. n. l.:

Nr. 7: Eveline Widmer-Schlumpf.

Die Glücksbringerin des Teams. Sie empfängt und verwertet die Steilpässe von Darbellay und Wyss. Insbesondere die eigentlich unverdächtig scheinenden Konterattacken. Besonders auffällig ihr Drang, nach gewonnenen Matches mit dem Gegner das Trikot zu tauschen.

Nr. 9: Micheline Calmy-Rey.

Inszeniert sich laufend mit Sololäufen. Spielt geradezu brasilianische Dribblings, aber oftmals ohne erkennbare Resultate. Sie steht deshalb auch häufig im Offside.

Captain des Teams ist übrigens Innenverteidiger Levrat. Entsprechend den Prioritäten bei der Spielgestaltung: verhindern und blockieren.



Die SVP bewegt!

2. SVP-Grümpelturnier

Samstag, 19. Juli 2008
ab 10 Uhr
Reitplatz, Winterthur-Töss

Grosses SVP-Grümpi mit Festwirtschaft, Pokalen, Plausch, Musik und vielem mehr!

Kategorien:

- **Plausch Sie & Er** (6 Spieler, davon mind. 2 Damen)
- **Männer** (keine Altersbeschränkung, 6 Spieler)

Promi-Spiel mit SVP-Politikern, u.a. mit den Nationalräten Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz, Toni Bortoluzzi, Captain FC Nationalrat, Alfred Heer, Fraktionspräsident Kanton Zürich, und Jürg Stahl, Präsident Parlamentarische Gruppe Sport.

Teilnahmegebühr: CHF 40.– pro Team

Anmeldungen ab sofort im Internet über www.svp.ch oder per E-Mail kuerschner@svp.ch.
Auskünfte erteilt Daniela Kürschner (Tel. 031 300 58 58).

Anmeldeschluss: 5. Juli 2008

Werbung



www.art-baumann.ch



Jon Peider Lemm, Präsident neue SVP Graubünden

Neue SVP Graubünden gegründet

Nachdem die ausgeschlossene, bisherige SVP Graubünden unter neuem Namen ihre Tätigkeit weiterführen will, haben wir am 19. Juni 2008 offiziell eine neue SVP Graubünden gegründet. Wir stehen für das Wohl der Bündnerinnen und Bündner ein.



Der neue Präsident der SVP Graubünden, heute 56-jährig, war von 1987 bis 2006 im Grossrat und während fast zehn Jahren Vizepräsident der alten SVP Graubünden. Mit 24 sass er in S-chanf bereits im Gemeinderat, von 1983 bis 1989 präsidierte er diesen. Er führt seit 1987 in St. Moritz die Treuhandfirma Lemm Immobilien AG. Er ist begeisterter Jäger und präsidiert den Verband Jagd Schweiz. Er ist verheiratet und wohnt in S-chanf.

Im Kanton Graubünden haben sich viele seit einigen Monaten Gedanken über die Zukunft der SVP gemacht. Was soll geschehen, wenn die frühere SVP unter einem neuen Namen politisiert? Viele Mitglieder der bisherigen SVP, aber auch viele Sympathisanten, haben immer wieder bekundet, dass sie einer neuen SVP Graubünden sofort beitreten würden. Für mich ist es bedauerlich, dass es so weit kommen musste, aber für uns alle aus dem neuen Vorstand ist klar, dass wir es nicht zulassen können, dass es in Graubünden keine SVP mehr gibt.

Deshalb hat es uns sehr gefreut, dass bereits die ersten Sektionen Ortspartei Domat-Ems und Kreispartei Rhäzüns wie auch die Junge SVP Graubünden bekundet haben, übertreten zu wollen. Viele – auch bisher parteilose – melden ihr Interesse an, Mitglied der neuen SVP Graubünden zu werden. Ebenfalls hoffe ich, dass wir im Grossen Rat vor den nächsten Wahlen im 2010 mit einer Grossratsfraktion vertreten sein werden. Es

gibt viele Grossräte der bisherigen SVP, die das Gedankengut der SVP Schweiz immer mitgetragen haben.

Wir werden mit dem nötigen Respekt gegenüber der Meinungsvielfalt dabei eine klare bürgerliche Politik vertreten und in Anlehnung an das schweizerische Programm insbesondere für folgende Punkte eintreten:

1. Wir unternehmen alles, damit unsere Wirtschaft, unsere Landwirtschaft und unser Tourismus günstige Rahmenbedingungen vorfinden, um in einem freiheitlichen System mehr Wertschöpfung zu erzielen.
2. Wir setzen uns für eine Senkung der bisherigen Steuerquote ein und lehnen zusätzliche, neue Steuern ab.
3. Wir setzen uns für einen Abbau der Ungleichheiten zwischen Agglomerationen und Berggebieten ein.

4. Wir setzen uns für eine optimale Nutzung unserer Wasserkraft ein sowie für eine gerechtere Abgeltung der Nutzung der Wasserkraft.
5. Wir setzen uns für ein effizientes Bildungssystem ein, bei dem die Leistung im Vordergrund steht.
6. Wir setzen uns für eine Konsolidierung unserer Sozialwerke ein und bekämpfen den Missbrauch in diesem Bereich.
7. Wir bekämpfen Missbräuche im Asylbereich und verlangen die Ausschaffung krimineller Ausländer.
8. Wir setzen uns für eine unabhängige und neutrale Schweiz ein, einen Beitritt zur EU lehnen wir ab.
9. Wir kämpfen im Interesse zukünftiger Generationen für einen Schuldenabbau beim Bund, beim Kanton und bei den Gemeinden.

Seit mehr als 30 Jahren sind wir für unsere Kunden in den Bereichen politische Kommunikation und Wirtschaftswerbung tätig.

Für die SVP, für Politikerinnen und Politiker, für Verbände, Behörden, Vereine und Stiftungen sowie für KMU-Betriebe in der ganzen Schweiz. Zupackend, kostenbewusst und termintreu.

Und dies in den Bereichen

- Wahl- und Abstimmungswerbung • Campaigning und Persönlichkeitsprofilierung
- Lobbying und PR • Produkte- und Dienstleistungswerbung • Eventorganisation

Dabei haben wir eines immer wieder bewiesen: Wo nötig, schaffen wir auch die gewünschte Medienaufmerksamkeit...

Wir wollen Ihren Erfolg

GOAL
AG für Werbung und Public Relations

Walter Minder, Berater Wirtschaftskommunikation
Alexander Segert, Berater politische Kommunikation

Tel 043 499 24 00, info@goal.ch, Postfach, 8600 Dübendorf/ZH

10. Wir fordern einen Abbau der Regulierungsdichte und mehr Eigenverantwortung.

Wir sind somit eine gute Mischung von Jungen und Älteren aus allen Regionen des Kantons, die gemeinsam viel politische Erfahrung haben.

Wir freuen uns, hoffentlich schon anlässlich der nächsten Delegiertenversammlung vom 5. Juli in Brig bei der SVP Schweiz als neue Kantonalpartei aufgenommen zu werden. Damit ist für die neue SVP Graubünden auch sichergestellt, dass sie in eine starke gesamtschweizerische Partei eingebettet ist. Dies ist eine wichtige Voraussetzung, um auf nationaler Ebene Bündner Anliegen effizient und erfolgreich vertreten zu können. Wir freuen uns die Wahlversprechen der SVP mit voller Kraft zu unterstützen zum Wohle von unserem Kanton, zum Wohle der Schweiz.

Dem Gründungsvorstand der SVP Graubünden gehören folgende Personen an:

Jon Peider Lemm Präsident	S-chanf	Immobilientreuhänder alt Grossrat
Reto Rauch Vizepräsident	Maienfeld	Geschäftsführer Mitglied Zentralvorstand SVP Schweiz Grossrats-Stv.
Lorenz Zinsli Vizepräsident	Chur	Direktionsmitglied einer Bank alt Grossrat und ehemaliger SVP-GR-Sekretär
Corina Hemmi-Pleisch	Davos	Familienfrau und Sachbearbeiterin Grosse Landrätin SVP Davos
Andrea Davaz	Fläsch	Weinbauer Grossrat-Stv. und Kreisparteipräsident
Roberto Keller	Roveredo	Avvocato und alt Bezirksparteipräsident
Urs Hoffmann	Davos	Unternehmer Fraktionspräsident SVP Landschaft Davos

AKTUELL

Politische Abrechnung mit der SVP

SVP-Präsident Toni Brunner muss im Zusammenhang mit der Affäre Blocher/Roschacher die Aufhebung seiner Immunität befürchten. Die Rechtskommission des Nationalrats sprach sich dafür aus, dem Gesuch des ausserordentlichen Staatsanwalts des Bundes nachzukommen. Dies, obwohl der SVP-Präsident in der Affäre um den GPK-Bericht vom Staatsanwalt bisher weder beschuldigt noch eine Voruntersuchung gegen ihn eröffnet worden ist. Dies ist eine klare politische Abrechnung mit der SVP, angezettelt von den damals hochgradig abgeschlagenen Verschwörern um Lucrezia Meier-

Schatz, welche im vergangenen Herbst auf unhaltbare Weise versuchten, den damaligen Bundesrat Blocher öffentlich zu diskreditieren.

Hier Toni Brunners persönliche Stellungnahme zu den Vorwürfen:

«Ich war heute an eine Sitzung der Rechtskommission des Nationalrates vorgeladen. Während dieser Aussprache habe ich den Eindruck erhalten, dass es in der vorliegenden Frage vorwiegend um eine politische Angelegenheit und eine Abrechnung mit der SVP geht. Ich rechne deshalb

damit, dass die Rechtskommission Antrag auf Aufhebung meiner Immunität stellt. Nachstehend überlasse ich Ihnen meine Ausführungen, die ich vor der Kommission gemacht habe:

Am 10. Juni 2008 wurde ich vom Sekretariat der Rechtskommission mündlich informiert, dass ich heute vor der Rechtskommission des Nationalrates zu erscheinen habe. Gegenstand sei das Verfahren um Aufhebung meiner Immunität betreffend die Anzeige der GPK NR vom 6. September und 5. Oktober 2007. Dieses Verfahren wurde eröffnet, und ich

zitiere, «gegen diverse Journalisten wegen Veröffentlichung amtlicher geheimer Verhandlungen (Art. 293 StGB) und gegen unbekannte Täterschaft wegen Verletzung des Amtsgeheimnisses (Art. 320 StGB)». Herr Staatsanwalt Pierre Cornu hat mich als Auskunftsperson zu einem Termin aufgeboten, wo ich auch erschienen bin. Ich halte fest, dass ich dort lediglich als Auskunftsperson aufgeboten wurde und nicht als Beschuldigter. Auch heute noch bin ich in diesem Geschäft nicht Beschuldigter und auch nicht in dieser Eigenschaft vor dieser Kommission erschienen.

Mit Schreiben vom 6. Mai 2008 an den Präsidenten des Nationalrats trifft der a.o. Staatsanwalt gewisse Feststellungen über meine Position in diesem Geschäft. Die Frage, ob ein strafrechtlich relevantes Verhalten vorliegt, lässt er ausdrücklich offen und er stellt auch nicht Antrag, gegen mich als Beschuldigten ein Verfahren zu eröffnen oder die Immunität aufzuheben.

Wie mein Rechtsanwalt, Dr. Peter Bratschi, mit Schreiben vom 22. Mai 2008 ausführlich dargelegt hat, ist der Wortlaut des Parlamentsgesetzes unmissverständlich. Gemäss Art. 17 ParlG kann die Immunität eines Parlamentariers nur aufgehoben werden, wenn das Ratsmitglied von der zuständigen Behörde – vorliegend durch den a.o. Staatsanwalt – formell als beschuldigt bezeichnet wird. Wie erwähnt, bin ich im vorliegenden Verfahren nicht Beschuldigter, sondern lediglich Auskunftsperson und konnte dementsprechend auch keine Parteirechte ausüben. Insbesondere erhielt ich bis anhin keine Akteneinsicht.

Aufgrund der fehlenden Voraussetzung zur Aufhebung meiner parlamentarischen Immunität halte ich vollumfänglich an dieser fest.»

Werbung

CH Ehepaar mit 20 Jahren Erfahrung übernimmt für Sie in Ihrem Ein- oder Mehrfamilienhaus die Hauswartung und Umgebungspflege.

Region Limmattal, Stadt Zürich bis Grenze Zollikon/Küsnacht Wir unterbreiten Ihnen gerne eine unverbindliche Offerte.
R. + M. Kottmann, Telefon 076/576.34.62

Mein berufliches Umfeld möchte ich gerne per 1. August 08 verändern.
Mein fundiertes Wissen ist im Dunstkreis der Bürotätigkeit, Immobilienvermarktung.

Angebote bitte an klartext@svp.ch
oder brieflich an
Generalsekretariat SVP CH
Brückfeldstrasse 18, PF 8252, 3001 Bern

SMS-INFO-DIENST DER SVP

Sie erhalten topaktuelle Schlagzeilen und brisante Kurzinformationen der SVP direkt auf Ihr Handy. Melden Sie sich jetzt an (CHF 0.40 pro SMS).

Beim SMS-Service anmelden:

Schicken Sie von Ihrem Handy aus ein SMS mit dem Text «SVP ON» an die Zielnummer 939.



**Politik live erleben?
Mitarbeit bei der stärksten Schweizer Partei?**

Das Generalsekretariat der Schweizerischen Volkspartei (SVP) sucht per 1. Juli 2008 oder nach Übereinkunft eine

Sekretärin/Fraktionsassistentin (100%)

Ihr Profil:

- Abgeschlossene kaufmännische Berufsausbildung oder gleichwertige Ausbildung
- Gute schriftliche und mündliche Ausdrucksweise
- Organisationstalent und Kontaktfreudigkeit
- Flexibilität und Belastbarkeit
- Französischkenntnisse von Vorteil
- Interesse an der schweizerischen Politik

Ihre Aufgaben:

- Organisation von Parteianlässen
- Administrative Betreuung der Bundeshausfraktion
- Korrespondenz selbständig und nach Vorlage
- Allgemeine Sekretariatsarbeiten, Telefonbedienung und Empfang
- Unterstützung der wissenschaftlichen Mitarbeiter nach Bedarf
- Projektarbeiten

Wenn Sie gerne in einem kleinen Team mitarbeiten möchten und auch im hektischen Alltag den Humor nicht verlieren, sind Sie bei uns richtig.
Wir freuen uns auf Ihre schriftliche Bewerbung, die Sie mit den üblichen Unterlagen an folgende Adresse richten wollen:

Silvia Bär, Generalsekretariat SVP, Postfach 8252, 3001 Bern

Fabienne Lüthi, Aktuarin/Vizepräsidentin Ortspartei Biberist

Ortspartei SVP Biberist

Gründung vom 15. Mai 2008

Seit den National- und Ständeratswahlen im Jahr 1999 schaffte die SVP in Biberist, ohne eigene Ortspartei, stets Wähleranteile von über 20%. Bei den letzten Wahlen im Oktober 2007 sogar mehr als 24%.

Nun ist sie da, die SVP Ortspartei Biberist. Bereits am 28. April 2008 informierten wir öffentlich an einem Informationsabend über die bevorstehende Gründung und unsere Schwerpunkte in der Gemeindepolitik. In jeden Haushalt versandten wir Flyer via Post und luden die zukünftigen Mitglieder zu diesem Informationsabend ein. Nach grosser Unterstützung von Kantonsrat Heinz Müller, Parteipräsident SVP Kanton Solothurn, und Kantonsrat Herbert Wüthrich, Fraktionspräsident, dürfen wir auf einen erfolgreichen Abend zurückblicken.

Die Motivation unserer Gründung war zweifelsohne die Abwahl von Christoph Blocher.

So kam es, dass die Gründungsmitglieder Egon Waser (Präsident), Daniel Strahm (Vizepräsident), Fabienne Lüthi (Vizepräsidentin und Aktuarin), Naveen Hofstetter (Kassier) sowie

die weiteren Vorstandsmitglieder Daniel Kocher, Ueli Stettler, René Meyer und Zvezdan Sataric öffentlich aktiv wurden und schnellstens eine Ortspartei gründen wollten.

Zusammen mit der kantonalen Parteiversammlung gründeten wir die Ortspartei. Das Interesse der Bürgerinnen und Bürger sowie die Resonanz in der Presse waren sehr gross. Erfreut waren wir auch über den Besuch von Gemeindepräsident Martin Blaser (FDP). Seine überraschende Rede war bemerkenswert; ja, wir fühlen uns willkommen in Biberist.

Nebst unserer Gründung sorgte die Anwesenheit von Toni Brunner, Parteipräsident SVP Schweiz, für ein weiteres Highlight.

Wir versprechen unseren Mitgliedern, dass wir folgende Schwerpunkte beherzigen und uns verantwortungsvoll dafür einsetzen:

- weniger Steuern
- mehr Sicherheit
- vernünftige und reale Verkehrspolitik
- harmonische und wirtschaftliche Weiterentwicklung der Gemeinde

Unsere politischen Gegner trauen uns bereits zu, an den kommenden Wahlen mehrere Sitze im Gemeinderat zu erobern. Erfreut ist allerdings die FDP; diese erhält durch uns eine Stärkung in der bürgerlichen Gemeindepolitik.

Die Gründung ist vollbracht. Jetzt geht es erst richtig los. Es wartet viel Arbeit auf uns. Darüber freuen wir uns und eines ist klar: Wir bleiben unbeirrt auf Kurs!

Im Namen unseres Vorstandes geht an alle Beteiligten, ohne deren Unterstützung die Gründung nicht in

Biberist

Mit ca. 7900 Einwohnern, einer Fläche von 12,4 km² ist Biberist die fünftgrösste Gemeinde im Kanton Solothurn. Auch als Arbeitgeber ist Biberist eine attraktive Gemeinde, mit rund 3500 Arbeitsplätzen. Die Papierfabrik Biberist – heute M-Real genannt – sorgt für einen internationalen Bekanntheitsgrad in dieser Gemeinde.



Wappen

Die Bundhaken deuten auf das frühere Flösserhandwerk im Ort hin.

diesem Rahmen hätte stattfinden können, unser herzlicher Dank: KR Josef Galli, KR Heinz Müller, KR Herbert Wüthrich, NR Walter Wobmann, NR Roland Borer, KR Roman Jäggi.

Alle zukünftigen Ortsparteien können wir nur ermutigen und wünschen schon jetzt viel Erfolg und volle Unterstützung in allen Belangen.

Werbung



Die Vorstandsmitglieder der neuen SVP Ortspartei Biberist mit Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz, am Gründungsabend.

RE/MAX®

Immobilienverkauf ist Vertrauenssache.

Spiele sie mit dem Gedanken Ihre Liegenschaft zu verkaufen? Wir erledigen für Sie den Haus- oder Wohnungsverkauf von A – Z. Profitieren Sie von unserem einmaligen Netzwerk und von einem **gewinnbringenden Verkauf** Ihrer Liegenschaft.



Bahnhofplatz 1, 8910 Affoltern a.A.
Tel. 043 817 17 11
luki.sutter@remax.net

*SVP-Mitglieder
aus der ganzen Schweiz
sind herzlich willkommen!*



SVP-Studienreise nach Stockholm

«30 Jahre Wohlfahrtsstaat Schweden»

Donnerstag, 18. bis Sonntag, 21. September 2008

Programm:

- Referat: Der schwedische Arbeitsmarkt
- Referat: Die Besonderheiten des politischen Systems Schwedens
- Referat: Das Schwedische Gesundheitswesen und die Altersvorsorge
- Empfang mit schwedischen Parlamentariern
(Referate in Englisch mit deutscher Zusammenfassung)
- 3-stündige Stadtrundfahrt in Deutsch mit Besuch des Stadthauses, der «Blauen Halle» und dem «Goldenen Saal» (Nobelpreis-Verleihung)
- Ausflug in die unvergleichlich schöne Insel- und Schärenwelt, Midsommer-Buffer «Smörgsbord» auf der Insel Grinda

Kosten & Leistungen:

Preis pro Person im Doppelzimmer: Fr. 1355.–

Preis pro Person im Einzelzimmer: Fr. 1645.–

- Flüge Zürich-Stockholm-Zürich mit SAS Scandinavian Airlines, Economy
- 3 Übernachtungen im Hotel Hasselbacken**** mit Frühstück

Im Basispreis nicht berücksichtigt sind alle nicht erwähnten Mahlzeiten, Getränke und Transfers und Annullierungskosten-/SOS-Versicherungen.

Organisation/Begleitung:

- Rita Gygax, Präsidentin SVP Frauen Schweiz
- Jacqueline Hofer, Präsidentin SVP Frauen Kanton Zürich, www.svpfrauen.ch
- Inge Schütz, SVP International, www.ingeschuetz.ch

Anmeldung:

SVP-Studienreise nach Stockholm, Do. 18. bis So. 21. September 2008

Ich melde mich hiermit definitiv an!

Name/Vorname: _____

Adresse: _____

E-Mail: _____

Telefon/Natel: _____

Zutreffendes ankreuzen: ☐ Doppelzimmer zusammen mit:

☐ Einzelzimmer

☐ Annullierungskosten-/SOS-Versicherungen à Fr. 69.–

Datum/Unterschrift: _____

Anmeldungen an:

Jacqueline Hofer, Präsidentin SVP Frauen Kanton Zürich

Postfach 530, 8600 Dübendorf, Tel. 044 820 20 90, Fax 044 820 20 85

Anmeldeschluss:

Dienstag, 15. Juli 2008. Es stehen max. 35 Plätze zur Verfügung.

Bei Überbuchung nach Eingang der Anmeldung.

Programmänderungen bleiben vorbehalten.